

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer, Dr. Thomas Zimmermann**, Annemarie Biechl, Gudrun Brendel-Fischer, Hermann Imhof, Christa Matschl, Lydia Pflanz, Ingeborg Pongratz, Berta Schmid, Sylvia Stierstorfer, Peter Winter und **Fraktion CSU**

Vereinfachung und Flexibilisierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei soll die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente entscheidend reduziert und für ihren flexiblen Einsatz vor Ort ausreichend Spielräume eröffnet werden, um die Verantwortung vor Ort zu stärken.

Begründung:

Das zuständige Bundesarbeitsministerium plant in Kürze die Vorlage eines Referentenentwurfs, der die Zahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente reduziert. Der Landtag teilt diese Zielsetzung, da sie geeignet ist, die Transparenz und Effizienz der Arbeitsmarktpolitik zu fördern. Neben der hinreichenden Reduzierung der Zahl der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist aber auch erforderlich, dass die Entscheidungsspielräume und damit die Verantwortung vor Ort vergrößert werden.